



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No. <i>Türk 875.0.2</i>	Schweizerische Botschaft
EE	<u>Ankara</u> - Türkei
R - 5. APR. 1990	
<i>91V Jag Esh</i>	<i>etc</i>
Kopie an <i>TEO</i>	<i>pol</i>

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Nôtre référence

Datum
Date

Gegenstand:

Objet:

*Bitte Empfänger
von unten 9.11. 1990*

t. 023.1(1) - FM/PUS 3.4.1990

Entwicklungszusammenarbeit in der Türkei und Asylpolitik

Herr Botschafter,

Mit Schrecken haben wir festgestellt, dass Sie über den Abschluss der Beratungen des Interdepartementalen Komitees für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (IKEH) zum Thema Entwicklungszusammenarbeit in der Türkei und Asylpolitik nicht informiert worden sind. Wir entschuldigen uns dafür in aller Form und beeilen uns, Ihnen in der Beilage den vom Gesamt-Bundesrat am 21. Februar 1990 akzeptierten Bericht des Interdepartementalen Komitees zuzustellen. Gleichzeitig bedanken wir uns für die Informationen und Anregungen, die wir von Ihnen zu dieser Thematik in der Vergangenheit erhalten haben.

- Das Interdepartementale Komitee hat im Anschluss an das Postulat Mühlemann und 44 Mitunterzeichnern (Dezember-Session 1988) unter dem Vorsitz der DEH und unter Beteiligung des EFD (EFV), des EJPD (BFA, DFW), des EVD (BAWI, BIGA) sowie anderen Direktionen des EDA (PD, DV, Pol. Abt. I, DIO) die Problematik studiert. Das IKEH ist dabei zu folgenden Feststellungen gelangt:
 - Das vom Postulat Mühlemann anvisierte Ziel, den tendenziell zunehmenden Migrationsstrom aus der Türkei mit Massnahmen der schweizerischen Entwicklungshilfe bremsen zu wollen, ist (kurz- und mittelfristig) nicht erreichbar. Selbst bei grössten Anstrengungen wäre eine Beeinflussung des Stroms der Asylgesuchsteller kaum wahrnehmbar. Im besten Falle könnte die Schweiz insgesamt einige 10'000 Arbeitsplätze schaffen.
 - Schweizerische Anstrengungen zugunsten der Türkei sind indessen angesichts der Armut insbesondere der östlichen Regionen des Landes durchaus gerechtfertigt. Solche Anstrengungen sind indessen nicht sofort in die Tat umzusetzen; in einer ersten Phase wären weitere Erfahrungen zu sammeln, Abklärungen zu treffen und Möglichkeiten zu prüfen, die dann gegebenenfalls zu einer substantiellen Ausweitung des schweizerischen Programmes führen könnten.

- Die Probleme, zu deren Lösung die Schweiz einen (verstärkten) Beitrag leisten sollte, sind - auch bei geographischer und sektorieller Beschränkung - so gross, dass sie die schweizerischen Kapazitäten bei weitem übersteigen. Es ist deshalb notwendigerweise eine enge Zusammenarbeit nicht nur innerhalb der Schweiz zwischen den verschiedenen Departementen anzustreben, sondern auch ausserhalb der Schweiz mit anderen Staaten und nationalen und internationalen Institutionen.

Auf dieser Grundlage formulierte das IKEH folgende Anträge, denen der Bundesrat zugestimmt hat:

- Das EDA soll seine Bemühungen in Sachen Menschenrechte in der Türkei intensivieren und die Interventionen verstärken, die dazu beitragen könnten, das Problem der Minderheiten, im speziellen der Kurden, zu lösen und die Menschenrechtssituation im Lande generell zu verbessern.
- Die DEH soll die Möglichkeiten prüfen, in der Osttürkei ein Programm der Entwicklungszusammenarbeit aufzustellen mit dem vorrangigen Ziel, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.
- Das BAWI soll die Möglichkeiten der Gewährung eines Mischkredites oder einer anderen, im multilateralen Rahmen gewährten Wirtschaftshilfe prüfen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere in der Osttürkei dienen könnten.
- Die betreffenden Departemente haben dem Bundesrat vor dem 31. Dezember 1990 Bericht über ihre Aktivitäten zu erstatten.

Wegen der innenpolitischen Bedeutung des Themas Türkei entschied der Gesamt-Bundesrat über den vorgeschlagenen Weg, obwohl die vorgelegten Anträge keine unmittelbaren, grösseren finanziellen Konsequenzen hatten. Eine Information der schweizerischen Öffentlichkeit über die bundesrätliche Entscheidung wurde nicht vorgenommen (Sie finden indessen in der Beilage den vorbereiteten Presserohstoff). Der Bericht selbst ist entsprechend der Meinung des IKEH wegen zahlreicher, politisch sensibler Textpassagen als vertrauliches Dokument der Bundesverwaltung zu behandeln und lediglich den aussenpolitischen Kommissionen der beiden Räte zur allfälligen Beratung zuzustellen.

2. Die DEH hat in der Osttürkei Aktivitäten in folgenden drei Stossrichtungen ins Auge gefasst:

- Beteiligung an einem FAO-Projekt im Bereich Social und Community Forestry. Eine Vorabklärungsmission mit DEH-Beteiligung ist soeben durchgeführt worden; Sie hatten die Freundlichkeit, die Mitglieder der Mission zu empfangen.
- Zusammenarbeit mit der "Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit" (GTZ) für Projekte insbesondere in den Bereichen praxisorientierter Berufsausbildung und Förderung von Handwerks-, Klein- und Mittelbetrieben. Eine entscheidende Besprechung mit GTZ-Vertretern wird am 11. April in Bern stattfinden. Ueber die Ergebnisse und insbesondere über allfällige Missionen werden wir Sie informieren.

- 3 -

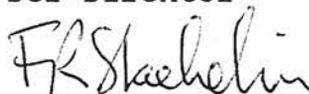
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der "Development Foundation of Turkey" (DFT) für Aktionen in den Bereichen ländliche Entwicklung, Kleinhandwerk und Oekologie. Gespräche mit DFT sind für die Monate Mai und Juni geplant; wir werden Sie auch darüber rechtzeitig informieren.

3. Als nächste Schritte im Prozedere beabsichtigen wir

- vor Ende April 1990 den aussenpolitischen Kommissionen der beiden Räte den IKEH-Bericht zur Beratung zuzustellen,
- etwa gleichzeitig, spätestens aber vor Anberaumung einer ersten Mission den türkischen Botschafter in der Schweiz in einem ausführlichen Gespräch über unsere Absichten und Ueberlegungen zu informieren. Ueber das Gespräch mit dem türkischen Botschafter werden wir Sie ebenfalls orientieren.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
UND HUMANITÄRE HILFE
Der Direktor



F. R. Staehelin

Beilagen:

1. Bericht des Interdepartementalen Komitees für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (IKEH) zum Thema: Entwicklungszusammenarbeit in der Türkei und Asylpolitik
2. Abklärungen zur Verstärkung der schweizerischen Entwicklungsanstrengungen in der Türkei (Presserohstoff)

Kopien an:

- Herrn Botschafter Pierre-Louis Girard, BAWI 
- Herrn Peter Arbenz, Delegierter für das Flüchtlingswesen
- Herrn Botschafter Mathias Krafft
- Herrn Botschafter Jenö Staehelin
- Herrn Botschafter Rudolf Weiersmüller
- SFR, WM, GI, CH, GF, HZ, FM